

Niederschrift

über die

**öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Rates der Gemeinde
Kneitlingen Nr. R Kn 8/007**

vom **23.03.2009**

Sitzungsort: Kneitlingen, Eulenspiegelsaal

Sitzungsdauer: 19:00 Uhr bis 20:45 Uhr

Anwesend sind:

SPD-Fraktion

Markus Glagla
Andreas Herbst
Andreas Redemske
Andrea Sefkow

CDU-Fraktion

Theodor Biegel
Johannes Feigel
Heike Hoffmeister
Michael Kahl

Grüne

Hans-Dieter Rummert

Verwaltung

Detlev Prescher
Sebastian Seebauer

Vorsitz: Johannes Feigel

Es fehlen:

Besucher: 6

Ergebnis der Sitzung:**Öffentlicher Teil**

Zu Punkt 1.: Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Bürgermeister Feigel eröffnet die Sitzung, stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest und begrüßt die Zuhörer und die Vertreter der Verwaltung.

Zu Punkt 2.: Feststellung der Tagesordnung und der dazu vorliegenden Anträge

Die Tagesordnung wird in der Form festgestellt, wie sie den Ratsmitgliedern mit der Einladung vom 06.03.2009 zugegangen ist.

Zu Punkt 3.: Genehmigung der Niederschrift über die 6. Sitzung des Rates der Gemeinde Kneitlingen vom 29.09.2008

Beschluss:

Die Niederschrift über die 6. Sitzung des Rates der Gemeinde Kneitlingen vom 29.09.2008 wird in Form und Fassung genehmigt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen
Ja 8 Enthaltung 1

Zu Punkt 4.: Verlesung der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
--

Herr Seebauer verliest den in der letzten nicht öffentlichen Sitzung gefassten Beschluss (RDS-Nr. Kn 8/020).

Zu Punkt 5.: Festsetzung der Realsteuer-Hebesätze; Haushaltskonsolidierung

RDS-Nr. Kn 8/028

Herr Feigel bittet Herrn Prescher darum, zu diesem Tagesordnungspunkt kurz Stellung zu nehmen. Herr Prescher erklärt,

dass er seinen Ausführungen in der Sitzungsvorlage zunächst nichts hinzuzufügen habe. Darauf entgegnet Herr Feigel, dass doch er die Tagesordnung aufgestellt habe und daher auch etwas dazu sagen sollte, wobei Herr Prescher darauf hinweist, dass die Tagesordnung vom Bürgermeister aufgestellt werde.

Herr Glagla verweist auf den Ratsbeschluss vom 16.05.2007, mit dem der Rat eine weitere Erhöhung der Realsteuerhebesätze in der laufenden Wahlperiode ausgeschlossen habe. Aus diesem Grund erübrigt sich seiner Meinung nach die Sitzungsvorlage. Die CDU-Fraktion schließt sich der Auffassung an und erklärt, dass der Rat es den Bürgern gegenüber schuldig sei, sich an den damals gefassten Beschluss zu halten.

Herr Prescher erklärt, dass Ratsbeschlüsse natürlich grundsätzlich stets geändert werden könnten. Er unterstreicht zum einen die Notwendigkeit dieser Sitzungsvorlage im Zusammenhang mit der vom Land in Aussicht gestellten Bedarfszuweisung. Das Land habe deutlich erklärt, dass es eine Erhöhung der Hebesätze für möglich und angemessen halte. Zum anderen macht Herr Prescher deutlich, dass seitens der Verwaltungsspitze eine Nichterhöhung mitgetragen werde.

Beschluss:

1. Die Realsteuer-Hebesätze werden ab dem 01.01.2009 wie folgt festgesetzt:

Grundsteuer A: 345 v.H.
Grundsteuer B: 335 v.H.
Gewerbesteuer: 335 v.H.

2. Zur Fortschreibung der Haushaltskonsolidierung werden folgende Beschlüsse gefasst:

- keine -

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

Zu Punkt 6.:	1. Investitionsprogramm 2008 - 2012 2. Finanzplan für 2008 - 2012 3. Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2009
---------------------	---

RDS-Nr. Kn 8/025

Bürgermeister Feigel bittet Herrn Prescher den Haushalt 2009 vorzutragen.

Herr Prescher macht ausführliche Angaben über den Haushalt 2009.

Er stellt dar, dass der Verwaltungshaushalt nicht vollständig ausgeglichen sei und eine leichte Deckungslücke von 5.500 € bestehe. Der Vermögenshaushalt mit einem Volumen von 50.200 € ist ausgeglichen.

Den Großteil der Ausgaben stellen mit 31.900 € die Tilgungsleistungen für in Anspruch genommene Kredite dar. Für Investitionen sind 18.300 € eingeplant, finanziert mit 17.400 € aus der allgemeinen Rücklage.

Insgesamt stellt sich der Verwaltungshaushalt 2009 um 7.200 € schlechter dar als der Vorjahreshaushalt.

Im Bereich der gemeindlichen Einnahmen stellt Herr Prescher die Gewerbesteuer hervor und berichtet, dass trotz Wirtschaftskrise mit einem Erreichen des Haushaltsansatzes von 8.000 € im Jahr 2009 gerechnet werden kann. Dies auch unter dem Gesichtspunkt, dass die Gewerbesteuer bei den Steuerpflichtigen zeitversetzt zur Zahlung führt und mit einer Auswirkung des Wirtschaftsabschwung somit erst im Haushaltsjahr 2010 zu rechnen ist.

Eine bereits 2009 spürbare negative Entwicklung ist beim Lohn- und Einkommensteueraufkommen zu erwarten. Zum einen wird mit einer höheren Arbeitslosenquote, d.h. weniger einkommensteuer- und lohnsteuerpflichtigen Beschäftigten gerechnet, zum anderen wird das Lohnsteueraufkommen durch die nachträgliche Berücksichtigung der Pendlerpauschale und der rückwirkenden Erstattung der entsprechenden Steuern gemindert. Hinzu kommt eine Erhöhung des Grundfreibetrages.

Es ist deshalb wahrscheinlich, dass der Betrag der in den Haushalt eingestellt wurde, nicht erreicht wird.

Der Anteil an der Zuweisung der Samtgemeinde an ihre Mitgliedsgemeinden im Rahmen des internen Finanzausgleiches beträgt 94.300 €; im Vergleich zum Vorjahr eine Minderung um 2.700 €.

Die Kreisumlage beträgt 176.300 € (+ 14.600 € im Vergleich zum Vorjahr), die Samtgemeindeumlage 176.400 € (- 3.300 € im Vergleich zum Vorjahr).

Die Belastung der Gemeinde durch aufgenommene Kredite zur Finanzierung von Investitionen beträgt im Jahr 2009 insgesamt 62.300 € (30.400 € Zinsen und 31.900 € Tilgung).

Abschließend gibt Herr Prescher seine Einschätzung zu den kommenden Jahren. Er befürchtet, dass sich die beiden guten letzten Jahre in naher Zukunft nicht wiederholen werden.

Herr Glagla fragt nach dem aktuellen Sachstand zum Konjunkturpaket II. Herr Prescher erklärt, dass durch das Konjunkturpaket II eine Investitionspauschale in Höhe ca. 381.000 € an die Samtgemeinde fließt. Diese Mittel sollen vorwiegend (zu 65 %) für

für Bildungseinrichtungen eingesetzt werden und zu 35 % für sonstige infrastrukturelle Maßnahmen. Ob von diesen Mitteln ein Teil an die Mitgliedsgemeinden weitergeleitet werde, werde noch entschieden.

Herr Rummert fragt vertiefend nach, ob die energetische Erneuerung der Straßenbeleuchtung durch das Konjunkturpaket II gefördert wird. Herr Prescher erklärt, dass hierüber noch generell Unklarheit besteht. Herr Glagla geht in diesem Zusammenhang noch einmal auf das Straßenbeleuchtungskonzept ein.

Beschluss:

Zu 1.:

Der Rat der Gemeinde Kneitlingen beschließt gem. § 40 Abs. 1 Nr. 8 NGO das Investitionsprogramm als Grundlage der Finanzplanung § 90 Abs. 3 NGO) für 2008 bis 2012 in der dieser Sitzungsvorlage als Anlage zum Haushaltsplan beigefügten Fassung.

Zu 2.:

Der dem Haushaltsplan 2009 als Anlage beigefügte Finanzplan für 2008 bis 2012 (§ 90 NGO) wird zur Kenntnis genommen.

Zu 3.:

Der Rat der Gemeinde Kneitlingen beschließt die Haushaltssatzung 2009 in der dieser Sitzungsvorlage beigefügten Fassung (eingebunden im Haushaltsplan).

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

Zu Punkt 7.: Beschluss über die Jahresrechnung 2007 (§ 101 NGO)

RDS-Nr. Kn 8/024

Ohne weitere Aussprache ergeht folgender Beschluss.

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Gemeinde Kneitlingen stellt die Jahresrechnung 2007 in der vorgelegten Fassung fest und erteilt dem Bürgermeister Entlastung (§ 101 NGO).

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

Zu Punkt 8.:	1. vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes "Auf dem Kirchberg" im OT Ampleben; hier: Öffentliche Auslegung gem. § 13 (2) Nr. 2 i.V.m. § 3 (2) Baugesetzbuch (BauGB)
---------------------	--

RDS-Nr. Kn 8/026

Herr Glagla bittet darum darauf zu achten, dass der Ausbau der Kirchbergstraße erst nach der geplanten Hauserrichtung geschehen soll.

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Gemeinde Kneitlingen stimmt dem Entwurf der 1. vereinfachten Änderung des Bebauungsplanes „Auf dem Kirchberg“ im OT Ampleben zu und beschließt die öffentliche Auslegung gem. § 13 (2) i.V.m. § 3(2) BauGB.

Gem. § 4a Abs. 2 BauGB erfolgt die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 13 (3) i.V.m. § 4 (2) BauGB gleichzeitig mit der öffentliche Auslegung.

Von einer Umweltprüfung gem. § 2 (4) BauGB wird gem. § 13 (3) BauGB abgesehen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

Zu Punkt 9.:	Bündelausschreibung Strom durch die KWL für die Lieferjahre 2010 und 2011
---------------------	--

RDS-Nr. Kn 8/027

Herr Seebauer berichtet über die europaweit geplante Bündelausschreibung des kommunalen Strombedarfs durch die Kommunale Wirtschafts- und Leistungsgesellschaft (KWL). Durch den Zusammenschluss von kommunalen Stromabnehmern und auf Grund der derzeitig günstigen Strombörsenpreise kann mit einem deutlich geringeren Arbeitspreis je kWh als bisher gerechnet werden.

Herr Feigel kritisiert das Verhalten des derzeitigen Stromlieferanten e.on/Avacon dahingehend, dass dieser am 3. Februar ein Fax mit einem Angebot einer Laufzeitverlängerung der Stromlieferverträge an die Verwaltung geschickt habe. Dieses Angebot hatte eine Gültigkeit bis zum 5. Februar um 16 Uhr und sollte seiner Meinung nach „Panikabschlüsse“ fördern. Er lobte in diesem Zusammenhang das Verhalten der Verwaltung, sich nicht unter Druck setzen zu lassen.

Beschlussvorschlag:

Für die sich aus der Anlage ergebenden Verbrauchsstellen ist ein „Vermittlungsvertrag über den Bezug leitungsgebundener Energie im Elektrizitätsbereich für die Lieferjahre 2010 und 2011 – E/0010 mit einer optionalen Verlängerungsmöglichkeit zu gleichen Konditionen um ein Jahr“ abzuschließen.

Die Verwaltung wird beauftragt, dass sich nach der Ausschreibung ergebende wirtschaftlichste Angebot anzunehmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

Zu Punkt 10.: Festsetzung von Wertgrenzen für Bau- sowie Liefer- und Dienstleistungsaufträge

RDS-Nr. 8/029

Herr Seebauer stellt die Sitzungsvorlage noch einmal kurz vor und verdeutlicht, dass sich diese auf das aktuelle Konjunkturpaket II beziehe und eine Laufzeit bis zum 31.12.2010 habe.

Anschließend stellt Herr Feigel den Tagesordnungspunkt zur Diskussion, worauf hin sich eine rege Debatte aller Anwesenden entwickelt. Herr Glagla führt aus, dass die Festsetzung von Wertgrenzen grundsätzlich durchaus seinen Sinn hat. Herr Kahl stellt fest, dass trotz einer Festsetzung von Wertgrenzen noch immer ein Ratsbeschluss notwendig ist. Herr Feigel bestätigt dies und weist darauf hin, dass durch den Beschluss lediglich das komplizierte und aufwendige Ausschreibungsverfahren gelockert werde.

Beschlussvorschlag:

Der dieser Sitzungsvorlage beigefügte Gemeinsame Runderlass des Wirtschaftsministeriums, der Staatskanzlei und der übrigen Ministerien vom 04.02.2009 (Anlage 1) wird für die Gemeinde Kneitlingen für anwendbar erklärt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

Ja 6 Enthaltung 3

Zu Punkt 11.: Anfragen und Mitteilungen

Zu Punkt 11.1.: Anfragen und Mitteilungen der Mitglieder

Zu Punkt 11.1.1.:	Geschwindigkeitsmessung im Ortsteil Bansleben
------------------------------	--

Herr Feigel berichtet von den bisherigen Ergebnissen der Geschwindigkeitsmessungen. Diese belegen in beide Fahrtrichtungen eindeutig zu hohe Geschwindigkeiten der Fahrzeuge. Leider seien diese Messungen rechtlich unverbindlich. Da straßenbauliche Veränderungen nicht gewollt sind, soll die Straßenverkehrsbehörde darum gebeten werden, verstärkt Messungen in Bansleben durchzuführen.

Frau Hoffmeister und Herr Glagla bitten zudem darum, an der nächsten Verkehrsschau teilnehmen zu können.

Protokollanmerkung: *Der genaue Termin der nächsten Verkehrsschau steht zur Zeit noch nicht fest. Sie wird jedoch höchstwahrscheinlich im Juni diesen Jahres stattfinden. Dem Bürgermeister, sowie Frau Hoffmeister und Herrn Glagla werden zu gegebener Zeit Einladungen zur Teilnahme zugehen.*

Zu Punkt 11.1.2.:	Ausbau Mühlenweg im Ortsteil Amleben
------------------------------	---

Herr Biegel führt aus, dass der Ausbau des Mühlenweges im Ortsteil Amleben auch vor dem Hintergrund eines eventuell zukünftig geplanten Baugebietes bisher nicht weiter verfolgt wurde. Er bittet jedoch noch einmal darum, zumindest die Schlaglöcher notdürftig auszubessern.

Herr Feigel erklärt daraufhin, dass der Bauhof mit dieser Aufgabe betraut werden soll. Die Grenze zur Feldmarksinteressenschaft soll dabei beachtet werden.

Zu Punkt 11.1.3.:	Niederschlagswasserschacht im Philosophenweg im Ortsteil Eilum
------------------------------	---

Herr Herbst teilt mit, dass die Abflussproblematik des Niederschlagswassers im Bereich des Philosophenweges in Eilum noch immer nicht beseitigt sei.

Protokollanmerkung: *Die Abwasserentsorgung Schöppenstedt GmbH hat auf Rückfrage mitgeteilt, dass in diesem Schachtbauwerk systembedingt immer ein gewisser Wasserstand vorhanden ist (der Abfluss liegt etwas höher als der Zufluss).*

Zu Punkt 11.1.4.:	Sachstand Erhebungsbögen Kneitlingen für Niederschlagswassergebühr
------------------------------	---

Herr Kahl bittet Herrn Seebauer Auskunft über den Zeitpunkt der Informationsveranstaltung für die Gemeinde Kneitlingen zu geben. Herr Seebauer teilt daraufhin mit, dass die Information der Haushalte in Kneitlingen nach seinem Kenntnisstand Mitte April geschehen soll. Den Grundstückseigentümern werden rechtzeitig vor Veranstaltung die Erhebungsbögen, sowie entsprechende Informationen zum Ausfüllen der Bögen zugeschickt.

Protokollanmerkung: Laut Rücksprache mit dem zuständigen Fachamt ist als Termin für die Informationsveranstaltung der 16.04.2009 geplant. Die Versendung der Erhebungsbögen wird derzeit vorbereitet.

Zu Punkt 11.2.: Anfragen und Mitteilungen der Verwaltung

Zu Punkt 11.2.1.:	Außerplanmäßige Ausgabe 2008
------------------------------	-------------------------------------

Herr Seebauer teilt mit, dass bei der Haushaltsstelle 67000.96000 (Straßenbeleuchtung, Neu- und Ausbau der Straßenbeleuchtung) im Haushaltsjahr 2008 eine außerplanmäßige Ausgabe in Höhe von 1.822,76 € wegen Unaufschiebbarkeit genehmigt worden sei. Die Deckung erfolgte im Vermögenshaushalt durch eine Minderausgabe bei der Haushaltsstelle 63000.95150 (Endausbau Baugebiet Sandberg).

Zu Punkt 12.: Schließung der öffentlichen Sitzung
--

Herr Bürgermeister Feigel schließt um 20:00 Uhr die öffentliche Sitzung.

Zu Punkt 13.: Einwohnerfragestunde

Herr Bartels stellt eine weitere Frage zu der Vorgehensweise der Niederschlagswassergebühreneinführung. Diese wird anschließend von Herrn Seebauer beantwortet.